

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck-Verlag Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer 25 241.
Kurs für Nachlieferung: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 25. Februar 1927 von täglich 10 Pfennigen auf 12 Pfennige erhöht.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßgabe der in der Beilage Nr. 10 des Dresdner Nachrichten vom 16. Februar 1927 veröffentlichten Preiskontingente berechnet.

Schreibmaschinen und Kopiermaschinen.
Marschweg 38/42
Druck u. Verlag von Joseph & Kretschmer in Dresden.
Telefon-Nr. 1066 Dresden.

Wachdruck nur mit deutscher Sprache abzugeben. Dresdner Nachrichten sind in allen Postämtern zu beziehen.

Hotel Bellevue

Nachmittag-Tea mit Konzert.
Mittag- und Abend-Tafel im
Terrassen-Saal an der Elbe.
Bekannteste vornehme Tafelmusik.
Festsäle mit Konferenzzimmer.

Jeden Mittwoch Abend
Reunion

Der polnische Handelsminister lenkt ein. Polen schreckt vor der Verlängerung des Zollkrieges mit Deutschland zurück.

Ein Interview bei Swiatkowski. Zurückweisende ungenaue Darstellungen.

Warschau, 18. Febr. Der polnische Handelsminister Dr. Swiatkowski gewährte einem Vertreter des „Kurier Poranny“ eine Unterredung, in der er darauf hinwies, daß Polen eine Verlängerung des deutsch-polnischen Zollkrieges nicht wünscht, wenn auch die bisherigen Ergebnisse des Zollkrieges für Polen nicht unangenehm seien. Immer mehr würde die Forderung vieler früher von Deutschland bezogener Waren jetzt von Frankreich, Belgien, Dänemark, Holland, den Vereinigten Staaten, Österreich und der Tschechoslowakei besorgt.

Der Minister betrachtet die Fortsetzung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen — von einem Abbruch wolle er nicht sprechen — als eine politische Entscheidung der neuen deutschen Regierung. Auf die Frage, ob die polnische Regierung die Absicht habe, auf die Forderung der Reichsregierung mit Sondermaßnahmen zu antworten, erwiderte Dr. Swiatkowski, daß die polnische Regierung trotz allem aus eigener Initiative nichts unternehmen würde, was die Handelsbeziehungen mit Deutschland verschärfen könnte. Nur könne Polen nicht ohne weiteres und einseitig Deutschland jene rechtlichen und wirtschaftlichen Vorteile einräumen, die ihm auf Grund eines zukünftigen Handelsvertrages zufließen könnten. Im übrigen könne er versichern, daß Polen einen nicht wahrscheinlichen Beschluß der deutschen Regierung, die Verhandlungen gänzlich einzustellen, in Ruhe als einen Schritt annehmen würde, der den größten Schaden nicht Polen zufüge. (ZfA.)

Weitere deutsche Schritte bevorstehend.

Berlin, 18. Febr. Wie wir bereits gemeldet haben, hat es die polnische Regierung abgelehnt, sofortige Verhandlungen über die Niederlassungs- und Ausweissungsfrage anzunehmen, sich aber bereit erklärt, die Handelsvertragsverhandlungen wieder aufzunehmen. Von maßgebender deutscher Seite verlautet dazu:

Deutschland hat eine ganze Reihe von Handelsverträgen geschlossen, in denen auch die Niederlassungsfrage geregelt ist. Die innere Gesetzgebung Polens über das Fremdenrecht gibt den nachgeordneten Behörden eine ungewöhnlich weitgehende Sachbefugnis, die in außerordentlich zahlreichen Fällen zumungunsten der Reichsdeutschen ausgenutzt worden ist, wie auch die bekanntesten obersteinsten Ausweissungsfälle aus jüngster Zeit bezeugen. Angesichts dieser Praxis ist es auf deutscher Seite von Anfang an für unbedingt erforderlich gehalten worden, die Ausweissungsfrage im Rahmen der Niederlassungsbestimmungen des Handelsvertrages mit zu regeln.

Wie zur Vermeidung von Mißverständnissen nochmals betont sei sollte es sich bei dieser Regelung nach deutscher Auffassung nicht etwa um eine ungewöhnliche Einschränkung des Rechts zu Ausweissungen, sondern nur darum handeln ebenso wie in anderen Verträgen die in der völkerrrechtlichen Praxis allgemein üblichen Kategorien von Ausweissungsgründen zu umschreiben. Auch sollte dies selbstverständlich nicht in der Form einer einseitigen Bindung Polens, sondern auf der Grundlage voller Gegenseitigkeit geschehen.

Erlt infolge des Widerstandes der polnischen Delegation gegen eine Behandlung der Ausweissungsfrage in von deutscher Seite versucht worden, diesen Punkt durch besondere Verhandlungen auf diplomatischem Wege in Warschau zu regeln. Die Erklärung der polnischen Regierung gibt keine volle Klarheit darüber, ob die polnische Regierung der Einbeziehung der Ausweissungsfrage in die Handelsvertragsverhandlungen zustimmt und nur eine besondere vertragliche Regelung dieser Materie ablehnt, oder ob sie nach wie vor die Ausweissungsfrage ausschließlich der innerpolitischen Gesetzgebung vorbehalten will.

Es wird daher durch weitere Schritte in Warschau Klarheit darüber zu schaffen sein, ob auf irgendeinem Wege eine befriedigende Regelung der Ausweissungsfrage zu erzielen ist und damit die gegenwärtigen Schwierigkeiten für die Fortsetzung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen beseitigt werden können. Sollte Polen die Neuanbahn auf diesem Gebiet ablehnen, so wäre dies der bestmögliche Beweis dafür, daß es seine willkürliche Ausweissungspraxis fortsetzen will. (ZfA.)

geschäft habe bisher gut gearbeitet. Er halte es daher für falsch, daß man an diesem bewährten System etwas ändern. Die Zivilversorgung liege stark im argen.

In den Jahren 1923 bis 1925 seien rund 5000 Mannwörter in freie Stellen nicht eingewiesen worden.

Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Vergh.) weist die Völkischen Rekrutierungspläne ab, wendet sich aber gegen den ständig steigenden Etat. Die alte alte Tradition preussischer Sparsamkeit könne vergessen zu sein. Seine Partei könne nicht für einen Etat stimmen, dessen Positionen immer umfangreicher werden.

Abg. Volbt (Baur. Vp.) erinnerte daran, daß uns der Umstand, daß wir aus Sparmaßnahmeründen vor dem Weltkrieg auf die militärische Ausbildung der sogenannten Ersatzreserve verzichtet haben, im Jahre 1914 sehr geschadet habe. Der Minister plant nicht, daß eine Partei die Verantwortung übernehmen dürfe, den Reichswehretat einfach abzuschnürren, oder auch nur ohne neue Prüfung der einzelnen Kapitel zu beschneiden. Die zivilberufliche Sicherstellung des Soldaten, der 12 Jahre abdiene habe, müsse unbedingt erfolgen. Bei den Offizieren sei jede Gehaltsminderungsmaßnahme zu verurteilen. Die Hauptsache sei, daß der Offizier seine dienstliche Pflicht tue.

Abg. Hennig (Völk.) ist der Ansicht, daß die kleine deutsche Armee zu einer Infanteriearmee gemacht werden müsse. Das deutsche Heer von 100 000 Mann müsse so viel wert sein, wie ein anderes von 200 000 Mann. Erschütternd sei es aber, daß das deutsche Heer noch nicht einmal die von der Entente erlaubten Munitionsbekände mangels Mittel erhalten könne. Dem Offizier dürfe man nicht seine monarchistische Gesinnung verbieten, wenn er seine Pflicht erfülle und sich an seinem Putsch beteilige. Bei dem Etat dürfe gespart werden, aber nicht am Reichswehrsoldaten, denn die kleine Wehrmacht Deutschlands müsse zur Sicherung des Vaterlandes auf allerbeste ausgestattet sein.

Abg. Schlad (Zentr.) betonte die zunächst durchaus friedliche Einstellung des deutschen Volkes. Zweifellos sei der Reichswehretat stark gekürzt, so daß man sich fragen müsse, ob bei der Etatsaufstellung mit der notwendigen Kaufmännischen Sorgfalt vorgegangen worden sei. Die Frage der Selbstmorde hänge mit der Frage einer genügenden Zellensorge im Heere zusammen. Bezüglich der Auswerbung der Mannschaften müsse nochmals geprüft werden, ob nicht ein anderer Weg als der bisherige möglich sei.

Reichswehrminister Dr. Gehler

erwiderte, daß das bisherige Rekrutierungssystem absolut kein noch me langere sein soll. Wenn von irgendeiner Seite ein anderer Vorschlag zur Rekrutierungsfrage gemacht werde, so werde dieser auf das sorgfältigste geprüft werden. Eins dürfe man allerdings nicht tun: fortwährend experimentieren. — Zur Frage des Offiziersersatzes gab der Minister ohne weiteres an, daß es in der Tat einige Regimenter gebe, die in ihrem Offiziersersatz verhältnismäßig viel Abzüge hätten. Das habe aber seinen einfachen Grund darin, daß diese Regimenter aus den ehemaligen Garde- und Kavallerieregimentern zusammengesetzt worden seien. Im übrigen werde der Offiziersersatz sehr sorgfältig neu geregelt, daß alle Vormerkmale an Frieden sind. Das Regiment hat jetzt vom 1. April bis 1. Oktober alle Anmeldeungen aufzunehmen. Im Laufe des Oktober macht sich dann der Regimentskommandeur schlüssig, welche zwei oder drei glücklichen Leute er von den 200 oder 300 Angemeldeten auszuwählen hat. Die Sache wird dann vom Reichswehrminister geprüft, und im Januar erhalten die Ausgewählten ihren endgültigen Weisung.

Der Minister machte dann noch darauf aufmerksam, daß der Chef der Wehrverwaltung sowohl wie der Chef der Reichsmarine Bürgerliche seien. Fast sämtliche hohen Kommandostellen seien in bürgerlichen Händen. Von den Divisionskommandeuren sei die Hälfte bürgerlich. Gegenüber dem Vorwurf, daß er nicht genügend dafür Sorge, daß das Offizierskorps sich dem heutigen Staate gegenüber keine Unforrethellen erlaube, betonte Gehler, in jedem einzelnen Falle werde auf das Schärfste vorgegangen. Als Beispiel dafür berichtete er, daß ein Offizier, der während einer dienstlichen Reise den Kaiser hochleben ließ, sofort fristlos verabschiedet und diese Verabschiedung als warnendes Beispiel sämtlichen Offizieren der Armee bekanntgemacht wurde. Wenn dem Minister von anderer Seite vorgeworfen werde, daß er nicht zu befehlen verstehe, so erwidere er, er befehle schon, aber er bemühe sich, zu den Befehlen die Ueberzeugung zu schaffen.

Eine Deutsche aus Frankreich ausgewiesen.

Paris, 18. Febr. Geküert wurde die Deutsche Agnes Eggemann, die wegen anarchistischer Vermittlung in die autonome Bewegung im Elsaß verhaftet worden war, aus Frankreich ausgewiesen. (ZfA.)

Die Reichswehr-Debatte im Hauptauschuß.

Berlin, 18. Febr. Der Haushaltsausschuß des Reichstages, dem zum Reichswehretat eine Denkschrift über die Ermüdung militärischer Personal durch Zivilhilfskräfte zugegangen ist, bewilligte der Reichszentrale für Heimatdienst für persönliche Ausgaben 473 800 Mark, für sachliche Verwaltungsausgaben 1 36 200 Mark und zur Förderung des Nachrichtenwesens im Inlande 900 000 Mark. Außerdem wurden zur Verfügung des Reichsanzalters zur Förderung des Nachrichtenwesens im Inlande 384 000 Reichsmark bewilligt.

Abg. Freilicht v. Nächsthofen (Dem.) erklärte, seine Partei wolle die Reichswehr selbstverständlich auch nach Kräften fördern. Voraussetzung sei dabei aber, daß sie ein brauchbares und zuverlässiges Mittel zum Schutz des heutigen Staates sei. Diese Gewähr könne aber die heutige Art der Rekrutierung nicht zu gewährleisten. Er begrüßte, daß zum Eintritt in die Offizierslaufbahn das Abiturienten-Examen im allgemeinen Voraussetzung ist, aber noch vermisse er, daß die Offiziere in der Reichswehr dem jetzigen Staate auch innerlich freudig dienen. Unter den Offizieren der Kavallerie entkamme ungefähr die Hälfte adligen Familien. Es müsse in höherem Maße darauf gesehen werden, daß der Offiziersetat aus Kreisen genommen werde, die auch innerlich ein Gefühl dafür hätten, daß sie republikanische Offiziere seien. Hier werde eine Zentralinstanz nicht geschaffen können, die die Einbeziehung von ungefähr 200 jungen Offizieren jährlich einstellt, und sie auf die Waffenposten verteilen könne. Damit würde auch verhindert, daß Versprechungen auf Ein-

stellungen Jahre im voraus gemacht würden. (Reichswehrminister Dr. Gehler: Das ist abgelehnt! Die jungen Leute, die damit rechnen, werden sich täuschen.)

Die Höhe unseres Militäretats erzeuge, a. B. in Frankreich, schon Aufregung und Kritik.

Abg. Brüninghaus (D. Vp.) bemerkte, daß die Mißstimmung gegen die Reichswehr nach seiner Auffassung weniger auf die Mißstände in der Reichswehr, als vielmehr auf die systematisch betriebene Agitation gegen die Reichswehr zurückzuführen ist. Den Reigen eröffnete im November 1926 Reichstagspräsident Lohse in der „Breslauer Volkswacht“. Die dann entstandene Presseschle, insbesondere die Artikel in der demokratischen Presse, haben uns nicht nur innen, sondern auch auskuppelisch geschadet. Der wieder hervorgekehrte Gegenstand Republik — Monarchie sei rein theoretischer Natur. In der Theorie dürfte auch kein Anhänger der Sozialdemokratie in der Armee sein, da in die Sozialisten nicht die „demokratische“, sondern die „sozialistische Republik“ haben wollten. (Welterkeit.) Man sollte also diese rein theoretischen Streitigkeiten begraben und sich freuen, daß die Reichswehr ein zuverlässiges Instrument in der Hand der Regierung sei.

Die Arbeiterturnvereine seien rein parteipolitisch abgetrennt. Herr Schöpslin will ebenso wie ich das Heer und die Marine frei von Politik wissen, will, daß sie aus allen Teilen des Volkes sich zusammenfüge. Dem widerspreche, wenn in sozialdemokratischen Blättern vor dem Eintritt in die Reichswehr gewarnt werde. Das Erfolge,